

## **157 Millionen Euro für Flüchtlingsheim: Anwohner in Westend empört!**

Entdecken Sie, wie Berlins Senat Millionen an Steuergeldern ausgibt, um Immobilienfirmen für Flüchtlingsheime zu bezahlen.

**Soorstraße 80-82, Berlin, Deutschland** - Es brodelt gewaltig in Berlin! Der Senat plant, Steuergelder in Höhe von stolzen 157 Millionen Euro auszugeben, um ein Bürogebäude in der Soorstraße, Charlottenburg, als Flüchtlingsunterkunft umzufunktionieren. Doch der Plan stößt auf massiven Widerstand aus der Bevölkerung. Besonders empört sind die Bewohner des Westend-Viertels über diesen Schritt, denn das Viertel ist bisher bekannt für seine ruhige Atmosphäre und seinen angenehmen bürgerlichen Charme.

Die geplante Anmietung soll ab 2026 über 1500 Flüchtlinge aufnehmen, wie der **Berliner Kurier** berichtet. Alte Bürogebäude, die einst von der Landesversicherungsanstalt genutzt wurden, sollen zu einem Mega-Flüchtlingsheim umgebaut werden. Dies geschieht vor dem Hintergrund, dass Asylunterkünfte wie der ehemalige Flughafen Tegel längst überfüllt sind. Knapp 5000 Flüchtlinge leben derzeit dort, wobei die Kriminalität kontinuierlich zunimmt. Anwohner sorgen sich nun, dass ähnliche Probleme auch in der sonst so friedlichen Soorstraße auftreten werden.

### **Anwohneralarm: „Es wird voll!“**

Die Anwohner schlagen Alarm und befürchten chaotische Verhältnisse, falls so viele Menschen unter einem Dach leben

müssen. Es mangelt nach ihrer Meinung an Schulen, Kitas und selbst Supermärkte sind Mangelware in der Umgebung. Ein weiteres Sorgenkind ist die Frage nach der Verteilung der Flüchtlinge. Wäre es nicht sinnvoller, diese auf mehrere Orte auszulagern, anstatt hunderte an einem Ort zu konzentrieren? Aber stattdessen plant der Senat eine zehnjährige Miete in Höhe von 157 Millionen Euro, trotz der schwierigen Finanzlage der Stadt. Diese Mammut-Summe sorgt nun für Besorgnis und großen Unmut.

## **Rätselfhafte Mietverträge und politische Kritik**

Ein Punkt der Diskussion ist die Art und Weise, wie diese Mietangebote zustande kommen. Ein Netzwerk von teils anonymen Eigentümergesellschaften, teilweise in Steueroasen beheimatet, bietet ihre Gebäude an und zieht den großen Gewinn ohne große Transparenz ein. Dadurch wirkt das Projekt mehr wie ein zweifelhaftes Geschäft mit der Not der Stadt Berlin.

Der Berliner Steuerzahlerbund und sein Vorsitzender Alexander Kraus zeigen sich skeptisch gegenüber diesem Vorhaben. Er mahnt: „Das Land Berlin darf sich nicht von Heuschrecken mit Schrottimmobilien über den Tisch ziehen lassen!“. Die Höhe der vorgesehenen Mieten stellt aus seiner Sicht ein Missverhältnis zu den erbrachten Leistungen dar. Im Fall des Bürohauses Soorstraße will das Land monatlich durchschnittlich über 40 Euro pro Quadratmeter kalt bezahlen, ein Preis, der inklusive Nebenkosten sogar noch höher ausfallen könnte. Umbaukosten von weiteren 29 Millionen Euro, ebenfalls teilweise über die Miete abgedeckt, steigern die Summe weiter an.

Wie **MSN** berichtet, soll der Hauptausschuss in den nächsten Tagen über den geheimen Antrag des Senats abstimmen. Doch in der Stadt ranken sich bereits viele Gerüchte über das umstrittene Vorhaben. Ob das Bürogebäude wirklich zum Flüchtlingsheim wird, darüber soll voraussichtlich am 11.

Dezember entschieden werden.

Dieser Fall zeigt eindrücklich: In Berlin stehen bei der Unterbringung von Flüchtlingen große Fragen offen. Die Lösung liegt vielleicht nicht in riesigen, zentralisierten Unterkünften, sondern in einer durchdachten, nachhaltigen Politik, die wirklich allen Interessen gerecht wird!

Details	
<b>Vorfall</b>	Korruption, Körperverletzung
<b>Ort</b>	Soorstraße 80-82, Berlin, Deutschland

**Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](http://die-nachrichten.at)**